

Die Entwicklung des Energierechts 2021-2022

Prof. Dr. Jochen Mohr

**Universität Leipzig
Institut für Energie- und Regulierungsrecht
Berlin (enreg)**

I. Individuelles Preisanpassungsrecht (§ 24 EnSiG)

- Nach Ausrufung der Alarmstufe oder der Notfallstufe kann die BNetzA gem. § 24 I 1 EnSiG die Feststellung treffen, dass eine **erhebliche Reduzierung der Gesamtgasimportmengen** nach Deutschland vorliegt.
- Als Folge greift ein **gesetzliches Preisanpassungsrecht**:
EUV, die unmittelbar durch Lieferausfälle oder mittelbar durch Preissteigerungen ihrer Lieferanten betroffen sind, erhalten entlang der Lieferkette das Recht, ihre Gaspreise auf ein angemessenes Niveau anzuheben.
- § 24 EnSiG greift nur **alternativ** zu § 26 EnSiG.
- **Zentrales Problem**: Angemessenes Preisniveau?

II. Gasbeschaffungsumlage (§ 26 EnSiG i.V.m. GasPrAnpV)

- Verordnungsgeber implementiert an Stelle eines individuellen Preisanpassungsrechts in der Lieferkette einen finanziellen **Ausgleichsanspruch für Gasimporteure** i.S.d. § 26 EnSiG, welcher durch eine saldierte Preisanpassung (**Gasbeschaffungsumlage**) finanziert wird.
- **Zweck:** Gleichmäßige Weitergabe der Ersatzbeschaffungskosten an alle Gaskunden, um soziale Schieflagen und Insolvenzen der Gasimporteure zu vermeiden.
- Inkrafttreten der **Gaspreisanpassungsverordnung** am 9.8.2022.
- **Saldierungsperiode:** 1.10.2022 (6 Uhr) bis 1.4.2024 (6 Uhr).

II. Gasbeschaffungsumlage (§ 26 EnSiG i.V.m. GasPrAnpV)

- Gasimporteure, die von einer erheblichen Reduzierung ihrer Gasimportmengen unmittelbar betroffen sind, haben einen Anspruch auf **finanziellen Ausgleich der Mehrkosten einer Ersatzbeschaffung** (Ausgleichsanspruch).
- Ausgleichsanspruch richtet sich gegen die **Trading Hub Europe GmbH** als Marktgebietsverantwortliche.
- **Höhe:** 90 % der ansatzfähigen Ersatzbeschaffungskosten.

II. Gasbeschaffungsumlage (§ 26 EnSiG i.V.m. GasPrAnpV)

- Kosten für die Ausgleichszahlungen legt Trading Hub Europe gleichmäßig auf die **Bilanzkreisverantwortlichen** um (EVUs).
- Bekanntgabe der **Höhe der Umlage** durch Trading Hub Europe am 15.8.2022: 2,419 Cent pro Kilowattstunde.
- **Probleme:**
 - Verhältnismäßigkeit der Umlage?
 - Umlage als Beihilfe zugunsten der Gasimporteure?
 - Weitergabe der Umlage an Endkunden mit Festpreisverträgen?

III. Gasspeicherumlage (§ 35e EnWG)

- Erhebung einer **Gasspeicherumlage** gem. § 35e EnWG ab dem 1.10.2022.
- **Zweck:** Finanzierung der Kosten, die der Trading Hub Europe zur Sicherstellung der Gasversorgungssicherheit entstehen.
- Bekanntgabe der **Höhe der Umlage** durch Trading Hub Europe am 18.8.2022: 0,059 Cent pro Kilowattstunde.
- **Problem:** Weiterreichung der Umlage von den Bilanzkreisverantwortlichen an die Endverbraucher?

IV. Substitution der Stromerzeugung durch Erdgas (EKBG i.V.m. StaaV)

- Inkrafttreten der §§ 50a bis 50e EnWG infolge des Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetzes am 12.7.2022.
- **Zweck:** Befristete Substitution der Stromerzeugung durch Erdgas mittels kohle- und ölbefuerter Kraftwerke.
- **Normadressaten:**
 - **Kohle- und Ölkraftwerke** in der **Netzreserve** (§ 50a I EnWG);
 - Kohlekraftwerke, für die in 2022/2023 ein **Kohle-
verfeuerungsverbot nach dem KVBG** greift (§ 50a IV 1 EnWG);
 - **Braunkohlekraftwerke** in der **Sicherheitsbereitschaft** (§ 50d EnWG).

IV. Substitution der Stromerzeugung durch Erdgas (EKBG i.V.m. StaaV)

- Inkrafttreten der **Stromangebotsausweitungsverordnung** (StaaV) am 14.7.2022.
- Befristete Rückkehr der betroffenen Kraftwerke in den Strommarkt zunächst nur bis zum 30.4.2023.
- **StaaV gilt nur für die beiden ersten Anlagentypen:**
 - Kohle- und Ölkraftwerke in der Netzreserve. Beachte: Auch bei einer Marktrückkehr bleibt die Funktionsweise der Netzreserve vollständig erhalten.
 - Kraftwerke, für die in 2022/2023 ein Kohle-
verfeuerungsverbot nach dem KVBG greifen würde. Ab dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens des Verbots werden diese Kraftwerke ohne Prüfung der Systemrelevanz in die Netzreserve überführt (§ 50a IV 2 EnWG).

IV. Substitution der Stromerzeugung durch Erdgas (EKBG i.V.m. StaaV)

- Marktrückkehr ist gem. § 1 S. 1 StaaV **freiwillig**.
- Anlagenbetreiber müssen die Anlagen aber für einen **Dauerbetrieb am Strommarkt** bereithalten. Sie sind insb. zur Bevorratung von Brennstoffen für einen Volllastbetrieb verpflichtet (§ 50b I-V EnWG).
- **Praktisches Problem u.a.:** Transport der Brennstoffe zu den Standorten.
- **In Vorbereitung:** Verordnung zur priorisierten Abwicklung von schienengebundenen Energieträgertransporten zur Sicherung der Energieversorgung (§ 30 I Nr. 2 EnSiG).

IV. Substitution der Stromerzeugung durch Erdgas (EKBG i.V.m. VersorgungsreserveVO)

- **Künftiger § 50d EnWG:** Braunkohlekraftwerke gem. § 13g EnWG können ab dem 1.10.2022 bis zum 31.3.2024 in eine neue **Versorgungsreserve** überführt werden.
- BMWK bereitet eine **Verordnung zum Abruf der Versorgungsreserve der Braunkohlekraftwerke** vor.
- **Erlass der Verordnung setzt voraus:** Befristete Rückkehr der Kohle- und Ölkraftwerke in den Strommarkt gem. § 50a EnWG reicht nicht aus, um die Versorgung mit Gas zu gewährleisten.

V. Gerichtliche Kontrolle von Entscheidungen der Regulierungsbehörden

- **Ausgangspunkt:** Urteil des EuGH zur Unzulässigkeit der normierenden Regulierung in Deutschland (C-718/18). Zudem Rechtsprechung zu administrativen Letztentscheidungsbefugnissen bei ökonomisch geprägten Sachverhalten.
- **Grundsatz:** Reichweite behördlicher Entscheidungsspielräume folgt aus der materiellen Grundlage des Behördenhandelns.
- **Problem:** Das europäische Netzregulierungsrecht ist zuweilen wenig detailliert. Insoweit fehlt es an Prüfungsmaßstäben.
- **Lösungsvorschlag:** Erweiterte Begründungspflichten der Regulierungsbehörden.

V. Gerichtliche Kontrolle von Entscheidungen der Regulierungsbehörden

- **§ 73 I 1 EnWG:** *„Entscheidungen der Regulierungsbehörde sind zu begründen und mit einer Belehrung über das zulässige Rechtsmittel den Beteiligten nach den Vorschriften des Verwaltungszustellungsgesetzes zuzustellen.“*
- **§ 73 Ia EnWG (neu):** *„Die Begründung nach Absatz 1 Satz 1 muss bei ökonomischen Analysen, die der Entscheidung der Regulierungsbehörde zugrunde liegen, dem Stand der Wissenschaft entsprechen und ohne sachverständige Hilfe aus sich heraus verständlich sein. Insbesondere muss die Begründung alle Daten enthalten, die den ökonomischen Analysen zugrunde liegen. Für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Unternehmen gilt § 23b Abs. 1 EnWG.“*

**Wir bedanken uns für Ihre
Aufmerksamkeit!**